S 3 AL 899/03 ER-B

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Arbeitslosenversicherung

Abteilung 13

Kategorie Beschluss

Bemerkung -Rechtskraft -Deskriptoren --

Leitsätze 1. Eine kongolesische Staatsangehörige

benötigen auch dann eine

Arbeitserlaubnis, wenn sie nur eine Beschäftigung in geringfügigem Umfang

ausüben will.

2. Zu den Voraussetzungen für eine

Arbeitserlaubnis wegen besonderer Härte.

3. Die geringe zeitlichen Dauer der angestrebten Beschäftigung kein Grund,

geringere Anforderungen an das Vorliegen eines Härtefalles zustellen.

Normenkette § 285 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, Nr. 2 SGB III; § 1

Abs. 2 ArGV; §§ 11 Abs. 2, 56 Abs. 6

1. Instanz

Aktenzeichen S 3 AL 899/03 ER-B

Datum 04.04.2003

2. Instanz

Aktenzeichen L 13 AL 1666/03 ER-B

Datum 24.06.2003

3. Instanz

Datum -

Die Beschwerde der KlĤgerin gegen den Beschluss des Sozialgerichts Heilbronn vom 4. April 2003 wird zurļckgewiesen.

Auà ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

GrÃ1/4nde:

Die Beschwerde der KlĤgerin, der das Sozialgericht nicht abgeholfen hat, ist

statthaft (vgl. $\frac{\hat{A}\S 172 \text{ Abs. 1}}{1}$ des Sozialgerichtsgesetzes [SGG]) und auch sonst zul \tilde{A} xssig.

Mit der Beschwerde erstrebt die Klägerin, dass die Beklagte im Wege der einstweiligen Anordnung verpflichtet wird, ihr bis zur rechtskräftigen Entscheidung in der Hauptsache eine Arbeitsgenehmigung als Reinigungskraft für wöchentlich 10 Stunden bei der Industrievertretungen GmbH in H. zu erteilen. Die Beschwerde ist sachlich nicht begrþndet. Das Sozialgericht hat im Ergebnis zu Recht den Antrag auf Erlass einer hierauf gerichteten einstweiligen Anordnung abgelehnt.

Der Erlass der einstweiligen Anordnung als Regelungsanordnung nach <u>§ 86b Abs. 2</u> Satz 2 SGG setzt einen Anordnungsanspruch und einen Anordnungsgrund voraus. Der Anordnungsanspruch ist gegeben, wenn bei der im Verfahren gebotenen summarischen Prüfung ein Erfolg in der Hauptsache überwiegend wahrscheinlich ist, wobei auch wegen der mit der einstweiligen Regelung verbundenen Vorwegnahme der Hauptsache ein strenger MaÃ□stab anzulegen ist (Bundesverwaltungsgericht [BVerwG] Buchholz 310 § 123 Nr. 15). Vorliegend ist ein Anordnungsanspruch zu verneinen, denn es ist überwiegend wahrscheinlich, dass die Klägerin mit ihrem Begehren auf Erteilung einer Arbeitserlaubnis fþr eine Beschäftigung als Reinemachefrau mit wöchentlich 10 Stunden bei Industrievertretungen GmbH in H. unterliegen wird.

PrüfungsmaÃ∏stab sind die <u>§Â§ 284 f</u> des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) sowie die Regelungen der Verordnung über die Arbeitsgenehmigung für ausländische Arbeitnehmer (Arbeitsgenehmigungsverordnung â∏ ArGV) vom 17. September 1998 (BGBI. I S. 2899), zuletzt in der Fassung des Gesetzes zur Erleichterung der BekĤmpfung von illegaler BeschĤftigung und Schwarzarbeit vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2787). Nach § 284 Abs. 1 Satz 1 SGB III besteht fþr ausländische Arbeitnehmer â∏ von hier nicht einschlägigen supranationalen Regelungen abgesehen â∏ grundsÃxtzlich ein BeschÃxftigungsverbot mit Genehmigungsvorbehalt (vgl. BSGE 43, 143, 155; BSG Urteil vom 26. MĤrz 1998 $\hat{a} \sqcap B 11 AL 75/97 R \hat{a} \sqcap DBIR 4444a, AFG/ŧ 19). Zwischenstaatliche$ Vereinbarungen zugunsten der KlĤgerin, die nicht die deutsche, sondern die kongolesische StaatsangehĶrigkeit besitzt, sind nicht vorhanden; ebenso wenig greifen die sonstigen Regelungen in <u>§ 284 Abs. 1 Satz 2 SGB III</u> und <u>§ 9 ArGV</u> ein. Deshalb benĶtigt sie zur BeschĤftigungsaufnahme eine Arbeitsgenehmigung; daran ändert nichts, dass es sich um eine Beschäftigung in geringfügigem Umfang handelt. Derzeit sind die Voraussetzungen få¼r die von der Klå¤gerin im Zugunstenverfahren nach § 44 Abs. 2 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch erstrebte Arbeitserlaubnis nach <u>§ 285 Abs. 1 Satz 1 SGB III</u> nicht gegeben; bei summarischer Prüfung zu verneinen sind auch die Voraussetzungen für eine Arbeitserlaubnis aus Härtegesichtspunkten nach § 1 Abs. 2 ArGV. Der Senat IÃxsst dabei offen, ob der von der KIÃxgerin ursprünglich in Aussicht genommene Arbeitsplatz noch vorhanden oder nicht schon anderweitig besetzt ist; bereits am 25. November 2002 stand nämlich lediglich noch ein Arbeitsplatz für eine Beschäftigung als Reinemachefrau für wöchentlich 5 Stunden zur Verfügung.

1. Soweit PrüfungsmaÃ□stab für die Arbeitserlaubnis <u>§ 285 Abs. 1 Satz 1 SGB</u>

III ist, IÃxsst sich derzeit lediglich feststellen, dass die KlÃxgerin nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer beschÃxftigt werden soll (vgl. <u>§ 285 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB III</u>). Wegen fehlender näherer Begründung nicht nachvollziehen lässt sich, inwiefern sich nach § 285 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB III durch die geringfügige Beschäftigung, welche die KlĤgerin anstrebt, nachteilige Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ergeben. Die Beklagte hat den auf eine Arbeitserlaubnis gerichteten Zugunstenantrag unter Hinweis auf diese Vorschrift abgelehnt und ausgefļhrt, dass wegen eines überdurchschnittlichen Stellenmangels für geringfügige Beschäftigungen im Arbeitsamtsbezirk H. derzeit keine Arbeitserlaubnisse erteilt würden. Dies kann nur so verstanden werden, dass die Beklagte nachteilige Auswirkungen im Sinn des § 285 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB III bejaht oder zwar, ebenso wie einen Vorrang deutscher oder diesen gleichgestellten Arbeitnehmer (vgl. <u>ŧ 285 Abs. 1 Satz 1 Nr.</u> 2 SGB III), verneint, von dem ihr eingerĤumten Ermessen aber in der Weise Gebrauch macht, dass sie Arbeitserlaubnisse für geringfügige Beschäftigungen generell nicht erteilt. Auch wenn der Beklagten bei der Entscheidung, ob sich durch die BeschĤftigung des AuslĤnders gegenwĤrtig und zukļnftig nachteilige Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, insbesondere dessen spezielle nach BeschÄxftigungsstruktur, Regionen und Wirtschaftszweige aufgeteilte Teilbereiche ergeben, kein Beurteilungsspielraum zukommt, muss die Begründung der über kein Lenkungsmandat verfļgenden Beklagten in den Verwaltungsentscheidungen nachvollziehbar und dem Adressaten sowie dem Gericht eine Prüfung ermöglichend erkennen lassen, weshalb sich aus der Beschäftigung gegenwÃxrtig und zukünftig nicht schon von § 285 Abs. 1 Nr. 2 und 3 SGB III erfasste Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ergeben. Diesen Anforderungen werden Bescheid und Widerspruchsbescheid nicht gerecht; ebenso wenig hat die Beklagte, sofern sie § 285 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB III hat verneinen wollen, ausreichend begrĽndet, weshalb sie trotz eines fehlenden Vorrangs deutscher oder diesen gleichgestellter Arbeitnehmer bei dem überdurchschnittlichen Mangel an Stellen für eine geringfügige Beschäftigung generell keine Arbeitserlaubnis für solche Stellen erteilt. Damit spricht zwar viel dafür, dass die Anfechtungsklage derzeit begründet ist; gleiches gilt wegen fehlender und im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes auch nicht herzustellender Spruchreife und der zu verneinenden Ermessensreduzierung auf Null aber nicht für die damit verbundene Verpflichtungsklage.

2. Zu verneinen sind schlieà lich die Voraussetzungen fà ¼ eine Arbeitserlaubnis wegen besonderer Hà xrte. Gemà xà der auf der Grundlage des § 288 SGB III ermà xchtigungskonform erlassenen Bestimmung des § 1 Abs. 2 ArGV kann die Arbeitserlaubnis abweichend von § 285 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 und 2 SGB III auch dann erteilt werden, wenn die Versagung unter Berà ¼ cksichtigung der besonderen Verhà xltnisse des einzelnen Falles eine besondere Hà xrte bedeuten wà ¼ rde. Fà ¼ rden aufenthaltsrechtlichen Status reicht der Besitz einer Aufenthaltsgestattung aus (§ 5 Nr. 2 ArGV), wenn â wie hier â der Auslà xnder nicht mehr verpflichtet ist, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen. Zu dem frà ¼ her maà geblichen Auffangtatbestand des § 2 Abs. 7 der Arbeitserlaubnisverordnung (AEVO) war anerkannt, dass es sich bei den "besonderen Verhà xltnissen des Auslà xnder" und der "HÃ xrte" um unbestimmte Rechtsbegriffe handelt (vgl. BSGE 43, 153, 158; 54,

14, 21); an dieser au̸erhalb des Ermessensbereichs liegenden vollen richterlichen Nachprüfbarkeit der zur tatbestandlichen Festlegung verwendeten Begriffe hat sich durch die Fassung des <u>§ 1 Abs. 2 ArGV</u> nichts geĤndert, so dass auf die bisherige Rechtsprechung auch nach der neuen Rechtslage zurÄ¹/₄ckgegriffen werden kann (vgl. Senatsurteile vom 10. August 1999 â∏ L 13 AL 1482/98 â∏∏ [unveröffentlicht] und vom 12. September 2000 â∏∏ <u>L 13 AL 2570/99</u> â∏∏ verĶffentlicht in Juris; ebenso Eicher/Spellbrink in Kasseler Handbuch des Arbeitsfå¶rderungsrechts, å§ 26 Rz 64). Die Auslegung hat sich demnach am Zweck einer solchen Arbeitserlaubnis unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Wertordnung auszurichten (vgl. zum Folgenden BSGE 54, 14, 21 f.). Danach soll einem AuslĤnder aus besonderen sozialen Gründen die Arbeitsaufnahme ermĶglicht werden, obwohl dies den hierdurch entstehenden negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt mit dem grundsĤtzlichen Vorrang der deutschen und der ihnen gleichgestellten auslĤndischen Arbeitnehmer widerspricht. Dementsprechend kA¶nnen die fA¼r auslA¤ndische Arbeitnehmer allgemein gültigen VerhÃxltnisse einen besonderen HÃxrtefall nicht begründen und besondere VerhÄxltnisse nur, wenn sie stÄxrkeres Gewicht haben als der Vorrang der deutschen und der ihnen gleichgestellten Arbeitnehmer (vgl. auch BSG SozR 4210 § 2 Nr. 10 S. 15; BSG, Urteil vom 22. September 1988 â∏∏ 7 RAr 108/87 â∏ DBIR 3416a, AFG/ §103). Insoweit kann an die Wertung, die den Fallgruppen des <u>§ 286 SGB III</u> und des § 2 Abs. 5 â∏ 5 ArGV zugrunde liegt, angeknüpft werden (vgl. Senatsurteile vom 10. August 1999 und 12. September 2000 a.a.O.; zum früheren Rechtszustand ferner BSGE 54, 14, 22; 65, 126, 128; BSG, Urteil vom 17. Oktober 1990 â∏ 11 RAr 129/89 â∏ DBIR 3739, AFG/§ 19). Demnach mýssen besonders gelagerte VerhÃxltnisse vorliegen, die im Einzelfall den Arbeitsmarktvorbehalt und den Vorrang der deutschen und der ihnen gleichgestellten auslĤndischen Arbeitnehmer zurļcktreten lassen; dies ist nicht schon bei langiährigem Aufenthalt im Inland, dem Angewiesensein auf Leistungen der Sozialhilfe oder bestehenden Unterhaltsverpflichtungen gegenļber Familienangehörigen der Fall (vgl. BSGE 54, 14, 22; BSG, Urteil vom 11. Februar 1988 â∏∏ 7 RAr 72/86 â∏∏ DBIR 3326, AFG/§ 19; BSGE 65, 126, 128; BSG, Urteil vom 26. September 1989 â∏ 11 RAr 51/88 â∏ DBIR 3566, AFG /§ 19). Da <u>§ 286</u> Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB III an die Existenzgrundlage anknüpft, ist es im Allgemeinen nicht besonders hart, wenn dem AuslĤnder eine Arbeitserlaubnis versagt wird, mit deren Hilfe er sich erst in den Arbeitsmarkt eingliedern will (vgl. BSGE 54, 14, 22; 65, 126, 128).

Besonders gelagerte VerhĤltnisse des Einzelfalls, die hier den Arbeitsmarktvorbehalt mit Vorrang der deutschen und der ihnen gleichgestellten auslĤndischen Arbeitnehmer zurĽcktreten und deshalb die Versagung einer arbeitsmarktunabhĤngigen Arbeitserlaubnis als besondere HĤrte erscheinen lieÄ□en, sind bei der KlĤgerin nicht gegeben. Sie hĤlt sich erst seit Dezember 1999 im Bundesgebiet auf; seit 31. Dezember 2000 ist sie Mutter der Tochter J. W.-M., die der Verbindung mit dem kongolesischen StaatsangehĶrigen Ja. W. entstammt, wobei weitere Kinder nicht vorhanden sind. Ihre individuellen VerhĤltnisse unterscheiden sich indessen nicht von denen, unter denen die Mehrzahl auslĤndischer Arbeitswilliger ohne Arbeitserlaubnis zu leben hat, was auch fļr das von ihr angefļhrte Angewiesensein auf Sozialhilfe gilt. Deshalb ist

es ohne Belang, dass sich mit Hilfe der geringfügigen Beschäftigung unter Berücksichtigung des Einkommens ihres Partners das Familieneinkommen erhĶhen würde mit der Folge, dass der sozialhilferechtliche Bedarf in stärkerem Ma̸e von der Familie selbst gedeckt werden könnte. Das Fehlen eines gesicherten Aufenthaltstitels (hier also insbesondere eine Aufenthaltsbefugnis) kann in diesem Zusammenhang nicht herangezogen werden, nachdem § 286 Abs. 1 Satz 1 SGB III sowie § 2 Abs. 1 bis 5 ArGV ausdrÃ1/4cklich besondere Regelungen bereithalten (vgl. BSG, Urteil vom 25. August 1987 â∏∏ 7 RAr 67/86 â∏∏ InfAuslR 1988, 6; BSG, Beschluss vom 23. Januar 1992 â∏∏ 7 RAr 74/91 â∏∏ InfAusiR 1992, 106). Das im Einzelnen normierte Zusammenspiel zwischen Aufenthaltsrecht und Arbeitserlaubnisrecht l\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\) sst es nicht zu, eine Arbeitserlaubnis unter HÃxrtegesichtspunkten allein deshalb zuzuerkennen, weil damit wiederum eine gegenwÄxrtig ohnehin nicht zu erwartende Verbesserung des aufenthaltsrechtlichen Status erlangt werden kA¶nnte (vgl. Senatsbeschluss vom 29. Dezember 1998 â∏ L 13 AL 425/97 ER-B -). Selbst wenn der Tochter einer Aufenthaltsbefugnis erteilt würde, ist auch nach Wegfall des Versagensgrundes des § 11 Abs. 1 des Ausländergesetzes (AuslG) völlig offen, ob der Klägerin ebenfalls eine Aufenthaltsbefugnis erteilt werden kalnnte (Schriftsatz der Stadt N. als Ausländerbehörde vom 5. Dezember 2002). Auch wenn wegen des zugunsten des Kindes nach § 53 Abs. 6 AuslG festgestellten Abschiebehindernisses insoweit und solange auch ein Abschiebehindernis zugunsten der KlAzgerin bestA¼nde, so kann doch nicht damit gerechnet werden, dass die KlÄzgerin auch bei erfolglosem Ausgang des Asylverfahrens auf nicht absehbare Zeit im Inland erlaubt wird bleiben können (vgl. hierzu BSGE 65, 126, 130; BSG DBIR 3739, AFG/§ 19, ferner BSGE 84, 253, 255); ein Abschiebehindernis auf unabsehbare Zeit liegt nicht schon dann vor, wenn sich die dafür maÃ∏gebliche Situation insoweit nicht abschätzen IÃxsst (vgl. BSGE 82, 23, 26 f). Weitere UmstÃxnde des Einzelfalls, die hier für sich allein oder im Zusammenwirken mit anderen UmstĤnden eine besondere Härte im Sinne des <u>§ 1 Abs. 2 ArGV</u> begründen könnten, sind nicht ersichtlich. Dazu zählt insbesondere nicht, dass es sich bei der angestrebten Beschäftigung lediglich um eine solche geringfügigen Umfangs handelt, mit der das allein vom Lebenspartner erzielte Familieneinkommen aufgebessert werden soll. Die geringere zeitliche Dauer der angestrebten BeschÄxftigung ist kein Grund, geringe Anforderungen an das Vorliegen eines Härtefalls zu stellen, da sonst regelmäÃ∏ig für geringfügige Beschäftigungen eine Arbeitserlaubnis erteilt werden mýsste; abgesehen davon trifft gerade der Verlust einer lediglich geringfügigen BeschĤftigung den AuslĤnder nicht besonders hart.

Die Kostenentscheidung beruht auf der entsprechenden Anwendung von $\frac{\hat{A}\S 193}{Abs. 1 SGG}$.

Erstellt am: 11.10.2004

Zuletzt verändert am: 21.12.2024